

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber u. verantw. Redakteur:
Karl H o n a y

Wien, am Samstag, den 25. Oktober 1924

Eine Ehrenpension für Karl Streitmann. In der nächsten Sitzung des städtischen Finanzausschusses wird ein Antrag verhandelt werden, der für den Operettensänger Karl Streitmann eine Ehrenpension von 800.000 Kronen monatlich vorsieht. Streitmann steht im zweiundsiebzigsten Lebensjahr und feiert heuer sein fünfzigjähriges Jubiläum als Sänger und das seiner vierzigjährigen Zugehörigkeit zum Theater an der Wien. Die Gemeindeverwaltung hat mit Rücksicht auf die noch so vielen Wienern in bester Erinnerung stehende Tätigkeit Streitmanns diese Ehrung beantragt.

Sitzungen im Rathaus. Am Dienstag um 10 Uhr vormittags findet eine Sitzung des Stadtsenats statt. Der Gemeinderat versammelt sich am selben Tag um 5 Uhr nachmittags und wird die Beratung des Rechnungsschlusses für das Jahr 1923, die am Freitag abgebrochen wurde, fortsetzen.

Am Montag keine Sprechstunden im Rathaus. Bei Bürgermeister Seitz, Vizebürgermeister Emmerling und sämtlichen amtsführenden Stadträten entfallen am Montag die Sprechstunden.

Gäste aus Ungarn im Rathaus. Der Bürgermeister von Pesterzsébet, Dr. Bela Chikan hat in kürzlich in Begleitung des Oberstadtanwalts Dr. Balazs, des Baurates Orban, des Finanzrates Szanto und des Sekretärs Szekeres, eine Reihe städtischer Einrichtungen besichtigt. Die Abordnung wurde von Magistratsrat Dr. Asperger geführt und besuchte einige Anstalten der Kleinkinderfürsorge, einige Gemeindefriedhöfe und Hochbauten, sowie kommunale Badeanstalten. Mit besonderem Interesse studierte die Abordnung den Wiener Strassenbau, vor allem die Strassenölung. Den Gästen wurde auch das städtische Strassenreinigungswesen gezeigt und eine ausführliche Uebersicht über die Verwaltung der Gemeinde geboten.

Sammelt für die Alten. Der Verein „Altersheim“ veranstaltet am 1. und 2. November öffentliche Sammelstage, die vom Magistrat bewilligt worden sind. Den Ehrenschutz des Vereines hat Bundespräsident Dr. Michael Hainisch übernommen. Dem Ehrenkomitee dieser Veranstaltung gehören an Bürgermeister Seitz, Bundesminister Dr. Schürff und Sektionschef Dr. Holly, der Leiter des Volksgesundheitsamtes.

Die Schlussitzung des Hauptausschusses des Musik- und Theaterfestes der Stadt Wien.

unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Seitz
Heute Vormittag fand im Sitzungssaal des Gemeinderates die Schlussitzung des Hauptausschusses des Musik- und Theaterfestes der Stadt Wien statt, zu der Bundespräsident Dr. Hainisch, Präsident Eldersch, Vizebürgermeister Hoss, die amtsführenden Stadträte Breitner, Richter, Speiser, 1 Anzahl sowie eine Anzahl von Persönlichkeiten der Wiener Kunst und Theaterwelt erschienen waren.

Bürgermeister Seitz begrüßte die Anwesenden, insbesondere den Bundespräsidenten und teilte zunächst mit, dass die Gemeinde Wien den Mitgliedern des Hauptausschusses als küsseres Zeichen des Dankes für ihre Mitarbeit ein Faksimile der Partitur der X. Sinfonie von Gustav Mahler übergebe. Zugleich überreichte Bürgermeister Seitz das erste Exemplar dem Bundespräsidenten. Hierauf erteilte er dem Referenten des Musik- und Theaterfestes das Wort.

Dr. Bach erklärte in grossangelegter Rede, dass er seinen Bericht im vollkommener Unbefangenheit erstatten wolle, da er als Kritiker gewohnt sei zu tadeln und anzugreifen. Vielleicht sei es auch einem Kritiker nützlich, einmal nicht subjektiv, sondern objektiv der Kritik zu sein, vielleicht erkennt er dann auch einmal ein Angriff, der sachlich gemeint ist, sich zu persönlichen Konsequenzen ausspitzt und er lernt, dass ein Angriff, der gegen ihn persönlich gerichtet ist, manchmal auch eine Sache trifft, die gar nicht getroffen werden sollte. Redner wolle bei den Angriffen, denen vielfach das Musikfest unterworfen war, nicht alle Motive untersuchen, sondern herauszufinden trachten, welche sachliche Argumente diesem Angriff zugrunde liegen. Ein Vorwurf der erhoben wurde, dem er sich übrigens anschliesse war, dass das Musikfest zulange gedauert habe. Vier Wochen hindurch lasse sich keine Feststimmung aufrecht erhalten. Zunächst war diese Dauer des Musikfestes aber nichts Neues. Das Musikfest des Jahres 1920 hat 26 Tage lang gedauert und jedenfalls wurden deswegen nicht so viele Erörterungen laut. Aber wir sind zu dieser Dauer geradezu genötigt gewesen. Der Beginn des Festes musste noch in die erste September-Hälfte geschoben werden, weil dies die Zeit des regeren Fremdenverkehrs, die Zeit der Messe war. Nun sind die Wiener Bühnen und Konzertsäle nicht imstande ein wirkliches Festprogramm in den ersten Tagen nach den Ferien durchzuführen, sodass wirkliche und entscheidende Veranstaltungen an den Schluss des Festes gestellt werden mussten. weil wir auch die minderbemittelten Schichten selbst in Konzerten die ohne diese billigen Karten ausverkauft gewesen wären, drinn haben wollten. Alle Kunststellen ohne Ausnahme wurden für alle Veranstaltungen in den Privattheatern mit einziger Ausnahme der Aufführung des „Apostelspiels“ im Josefstädtertheater mit Kartensehr stark beteiligt, ebenso auch in der Staatsoper an jenen Abenden, an denen dem Theaterfest ein direkter Einfluss zustand. Dass diese Karten nicht zu irgendwelchen Sensationsvorstellungen ausgeteilt wurde, geschah nicht aus finanziellen Gründen, obwohl nicht verhehlt zu werden braucht, dass auch diese in Betracht kamen, sondern vor allem aus volksbildnerischen Erwägungen, die kaum jemand verüben kann, weil sich nicht jede Premiere zu einem Volksfest eignet und weil es schliesslich auch noch zu ertragen ist, wenn selbst eine so grossartige Veranstaltung wie die X. Sinfonie von Mahler erst in der zehnten Aufführung breiteren Schichten zugänglich gemacht wird. Nun die Frage, was versucht wurde und was das Ergebnis des Musikfestes war. Wie schwierig es war schon im Mai ein Programm festzustellen, Ein anderer Vorwurf, der gerade diese Stadtverwaltung am heftigsten treffen sollte war, dass dieses Fest nicht für die breiten Schichten der Bevölkerung veranstaltet wurde. Diese Behauptung ist ganz falsch. Wir wissen ganz genau, dass das Kunstleben in dieser Stadt ohne die breiten Massen überhaupt nicht aufrecht erhalten werden kann. Dieser Voraussetzung aller künstlerischen Arbeiten in dieser Stadt wurde schon im Jahre 1920 Rechnung getragen, und sie hatte damals ein Echo in der Anklage, dass nur die Arbeiter Karten zu den Veranstaltungen bekommen haben. Damals gab es eben nur eine Organisation des Theaterpublikums und nur eine Möglichkeit die minderbemittelten Schichten zu erfassen. Heute gibt es in Wien fünf Kunststellen und es wurden pflichtgemäss jeder dieser Kunststellen zu allen Veranstaltungen des Musikfestes hunderte von Karten zur Verfügung gestellt, nicht etwa zur Füllung der Säle.

weil zu dieser Zeit bei uns ja geradezu das System der Wander-
+ Bühnen herrschte, das heisst der Bühnen, die von einer Hand in
die andere wandern, ohne dass man weiss welche Hand sie gerade
hat, war es noch umso schwieriger ^{es} in seiner Gänze durchzu-
führen. Bei den Wiener Theatern stand nur eines fest, das Ge-
bäude und zum System der Reisedirigenten im Konzertwesen, hat
sich bei den Theatern ein System der Reisedirektoren entwickelt.
Wie kann man da verlangen, dass ein Theater oder ein Direktor
seine eingegangene Verpflichtung einhält. Es war bedauerlich,
das Nestroys „Haus der Temperamente“ bei Reinhardt nicht mehr
während des Musikfestes aufgeführt werden konnte, aber es wird
bis Mitte November aufgeführt werden und das Musikfest mag
vielleicht für sich in Anspruch nehmen, dass seine Wirkungen
eben über den kalendermässigen Termin hinausgehen. Denn ohne
das Musikfest wäre es dem Theater in der Josefstadt wahrschein-
lich nie eingefallen, diese merkwürdige Stück zu spielen.

Die Aufführung
der Ruinen von Athen und des Don Juan von Gluck sind ausschliess-
lich dem Musikfest zu danken, die Neuinszenierung der Fledermaus,
wie seit 10 Jahren versprochen wurde, kam dank dem Musikfest zustande
und besonders ist da ^{die} X. Symphonie von Mahler und die Glück-
liche Hand von Schönberg zu erwähnen. Unsere Absicht war, durch
das Musikfest die Möglichkeiten zu zeigen, die Wien auf künstleris-
chem, und zwar sowohl auf produktivem, wie auf reproduktivem Ge-
biete besitzt. In dem Gebotenen ist sicher ein gewissen Niveau
erreicht worden und ^{es} wurde auch wegen mancher Werke
die vielleicht höher stehen mögen als andere die aufgeführt wurden
verhandelt, ohne dass es möglich war sie zur Zeit des Musikfestes
unterzubringen. So musste die Aufführung der Orestie in der Neu-
bearbeitung von Fritz Brügel im Deutschen Volkstheater auf die Zeit
nahe dem Musikfest verschoben werden. Es gab eben die Schwierigkeit
des Theaterbetriebes. Aber es ist dem Musikfest ^{als} Verdienst
anzurechnen, dass es zwei Künstlern wie Barlach und Billinger
Gehör verschafft hat und dass gleichsam nebenbei ein Szenenbildner
wie Erwin Lang entdeckt wurde. In

Der eigentliche Sinn des Musikfestes lag
darin, dass, wenn man einmal eine wirkli-
che Begabung erkannt hat, diese nach Möglichkeit ^{gefördert} werden
sollte und dies ist auf der Bühne
und im Konzertsaal geschehen. Wie hätte man vor vierzig Jahren
kritisiert, wenn eine Gemeindevverwaltung damals bei der Veranstaltu-
ng eines Musikfestes es gewagt hätte, Bruckners dritte Symphonie
aufzuführen, von der ein Kritiker sagte, dass nur ein Betrunkener
so komponieren könne. Die wesentliche Voraussetzung und die
Pflicht eines Musikfestes, das aus den Mitteln der Allgemeinheit
bestritten werden musste, ^{ist} dass man die Zeit, da ein Kunstwerk zu
seinem Ursprung, das heisst zur Masse des Volkes zurückkehrt, ein
wenig abkürzt. Der Sinn der Hilfe, die man einem Künstler ange-
deihen lassen kann, liegt vor Allem darin, dass man seine Werke auf-
führt. Wir rühmen uns Arnold Schönbergs Glückliche Hand aufgeführt
zu haben, lag 16 Jahre versperrt in der Schreibtischlade lag, weil
niemand das Werk aufführen wollte oder konnte. Wir haben
auch klassische Meisterwerke, wie die IX. Symphonie zur Aufführung
gebracht, um zu zeigen, dass die moderne Musik keineswegs ohne
Zusammenhang mit der klassischen Tradition in Wien ist, sondern dass
eine ununterbrochene Linie von der Vergangenheit zur Gegenwart
führt. Auch das ist der Sinn des Musikfestes gewesen. Schliesslich
soll wiederholt werden, was in der ersten Sitzung des Hauptaus-
schusses gesagt wurde, dass die Hebung des allgemeinen Geschmacks eine
Funktion der Gesellschaft ist und wie immer sich zu den einzelnen

Darbietungen des Musikfestes stellen mag, das eine soll man ihm
zugestehen, dass es zum Ausdruck gebracht hat, dass die Allgemein-
heit ^{sich} ihrer Pflichten gegen den Künstler bewusst zu sein
und sie zu Worte kommen zu lassen hat. Redner schloss unter leb-
haften Beifall der Anwesenden mit dem Danke an den Hauptaus-
schuss und gab der Hoffnung Ausdruck, dass ^{wenn es wie-}
der zu einem Musikfest kommen werde, sich immer wieder Männer
finden, welche die Gemeinsamkeit der Pflicht erkennen die
Allgemeinheit in den Dienst der Kunst zu stellen.

In der ^a darauffolgenden Debatte dankte Redakteur
Kerpath im Namen des Hauptauschusses der Gemeinde und dem
Bürgermeister für die Förderung des Musikfestes und aller
Künstler.

Präsident Haselbrunner sprach den Dank der ausübenden
Musiker aus, die durch das Musikfest ebenso in ihrem künstlerischen,
wie in ihrem wirtschaftlichen Streben unterstützt wurden.
Dr. Alexander Salkind dankte besonders im Namen der Verbände
der auswärtigen Presse, Kapellmeister Martin Spörr erklärte, dass
das Musikfest dem Symphonieorchester die Möglichkeit geboten
habe, gerade über die zwei schwierigsten Monate des Jahres hin-
wegzukommen. Präsident der Concordia Dr. Wengraf beanständete
das noch nicht ausgereifte Werke gerade ^{im} im Burgtheater
beantragte für künftige Musikfeste die Schaffung einer beratenden
aufgeführt wurden

Kommission bei der Aufnahme der aufzuführenden Werke und wünschte

Aufschlüsse über die wirtschaftlichen und finanziellen
Ergebnisse des Festes.

Direktor Herterich ^{WIES} zunächst auf die Theaterausstellungen

des Rathauses, die für den Theaterfachmann wie für den
Theaterbesucher ^{Interesse} sind und regt an,

1/ vongleich grosse sind und regt an,
diese Ausstellungen dauernd zu erhalten und zu einem Theatermuseum

auszugestalten. Dann erklärt er, ^{die} die Aufführung von

„Das Schwert des Attila“ von Ernst Fischer, dessen Aufführung im Burgtheater hier

kritisiert wurde, vollauf zu vertreten. Die Zukunft werde erweise
dass hier ein wirklich ^{wertvolles} wertvolles zur Aufführung gebracht worden sei.

In Schlusswort erwiderte Dr. Bach auf die ^{vor} vor

gebrachten Anregungen und erklärte, die genauen Ziffern des

finanziellen Ergebnisses noch nicht vorlegen zu können, da alle
Abrechnungen noch nicht ^{gleich} gleich

Soweit Ausweise über die Bühnen vor-
liegen, die mit dem Musikfest im Zusammenhang standen, so zeigen

sie durchwegs während der Dauer des Festes höhere Einnahmen
als sonst zu dieser Zeit. Das ergibt die Kontrolle der Lustbarkeits-

abgabe. Bezüglich der Subventionen bestehen in der Öffentlichkeit
Fabeln, die bei dieser Gelegenheit zerstört werden sollen. Die

Sadt Wien hat Subventionen gewährt nur den Staatstheatern, der Volks-

oper und als einziger Privatbühne dem Lustspieltheater zur Aufführung

des Nestroysstückes „Eine Wohnung zu vermieten“, das Orchester

verlangt. Geld wurde gegeben der Schauspielervereinigung, der eine

gewisse Einnahme garantiert werden musste, ferner wurden das Symphonie

chester engagiert und das Känzerthaus gemietet. Einlächerliche Fabel

betrifft die Summen die angeblich für die Raumbühne ausgegeben
worden

weil sollen, die übrigens konstant mit der Ausstellung verwechselt

worden, von der sie nur ein Ausstellungsobjekt war. Die Raumbühne hat we-

500 Millionen noch eine Milliarde gekostet, sondern nur 35 Millionen,

le für die Montage und Demontage der Bühne erforderlich waren. Die

Anerkennung, die hier den Theaterausstellungen zuteil wurde, die

anlässlich des Musikfestes zustande gekommen sind, rechtfertigt schon
allein das Musikfest. (Lebhafter Beifall)

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber u. verantw. Redakteur:
Karl Honay

Wien, am Samstag, den 25. Oktober 1924. Zweite Ausgabe.

Mitteilungen aus der Pressekonferenz bei Stadtrat

Breitner:

Stadtrat Breitner erörtert die Ursachen der ungünstigen Lage der Theater und Vergnügungsorte und legt auch die Haltung der Gemeindeverwaltung bezüglich der Lustbarkeitsabgabe dar.

Die verwaltende Mehrheit führte Stadtrat Breitner aus, nimmt den Unterhaltungsstätten gegenüber nicht den Standpunkt ein, durch enorme Besteuerung prohibitiv zu wirken und etwa durch den planmäßig herbeigeführten Zusammenbruch von Vergnügungsorten „Seelenanierung“ zu betreiben. Wir verkennen keineswegs, dass nicht nur ganz selbstverständlich vom Standpunkte der Kultur und Bildung alle das ernste Genre pflegenden Theater- und Konzertunternehmungen für Wien notwendig sind, sondern dass auch darüber hinaus zu einer modernen Grossstadt Vergnügungsbetriebe gehören. Auf der anderen Seite aber erscheint es uns als eine unbedingte Pflicht, gerade in diesen schweren Zeiten der Not, von der weite Kreise der Wiener Bevölkerung bedrückt sind, alle jene Menschen zu Leistungen für das Gemeinwesen heranzuziehen, die in der glücklichen Lage sind - mögen es nun Einheimische oder Fremde sein - sich den Besuch von Theatern, Konzerten, Kinos, Nachtlokalen zu gönnen. Es muss immer wieder nachdrücklichst darauf verwiesen werden, dass die Lustbarkeits- ebenso wie die Nahrungs- und Genussmittelabgabe Steuern sind, deren Ueberwälzung nicht nur ohneweiters erlaubt ist, sondern geradezu der Absicht des Gesetzes voll und ganz entspricht. Leider verhindern es technische Schwierigkeiten, an allen diesen hundert abgabepflichtigen Stellen förmlich eine eigene Kassa zu errichten, an der in Form einer Zusatzkarte die Steuer zu entrichten ist. Es fungieren daher die Betriebsinhaber als die Einhebenden; sie rechnen die Abgabe in den Gesamtpreis ein und verlieren damit das richtige Gefühl dafür, dass die Gemeinde nicht von ihren Einnahmen förmlich einen Anteil mit Beschlagnahme belegt. Jetzt hält sich der eine oder der andere Unternehmer sogar für berechtigt, solche als Treuhänder ihm anvertraute Gelder für Zwecke seiner Betriebsführung zu verwenden, während es ihm sonst natürlich nicht einfallen könnte, der gesonderten Steuerkasse Summen zu entnehmen um seine Ausgaben damit zu bestreiten.

So wie es gewiss tief bedauerlich ist, dass die völlig planlose und keinem wirtschaftlichen Bedürfnis entsprechende Neugründung von Dutzenden von Banken und Hunderten von Privatbankgeschäften in ihrem an sich unvermeidbaren Zusammenbruch mehrere tausend Angestelltenexistenzen begraben hat, so wie es erschütternd ist, dass zehntausende von Arbeitern als eine Folge der Kredit- und Wirtschaftskrise abgebaut werden, so ist es ganz gewiss eine sehr schmerzliche Begleiterscheinung, dass die Krise im Wiener Versorgungsapparat zunächst wieder für kleine Schauspieler, Musiker, Kellner, Arbeitslosigkeit nach sich zieht. Genau so wie es aber gar niemand von der Gemeinde erst verlangt hat, weil man eben die Unmöglichkeit klar erkannte, dass etwa durch Steuermassnahmen der Abbau des übermässig grossen Apparates im Bankgewerbe hintangehalten werde, wäre auch, selbst wenn es keine Lustbarkeits- und Nahrungs- und Genuss-

mittelabgabe geben würde, heute eine Rückbildung auf dem Gebiete des Wiener Vergnügungswesens nicht zu vermeiden. Das ist einfach die Folge der Tatsache, dass dieser Vergnügungsapparat in einer alles Mass übersteigenden Weise gegenüber dem Frieden vergrössert wurde, während gleichzeitig die Bevölkerung Wiens um 300.000 Menschen kleiner geworden ist und die ganze Wirtschaft als naturgemässe Folge des Krieges schwer verarmt ist. Wenn es beispielsweise den Brotfabriken einfallen wollte, ohne sich um die Absatzmöglichkeiten zu kümmern, nicht nur so viele Laibe Brot zu backen, wie im Frieden für eine um 300.000 Köpfe grössere Einwohnerschaft notwendig wären, sondern noch um die Hälfte mehr, dann würde ein jeder ein solches Vorgehen für ganz irrsinnig halten und es als selbstverständlich finden, dass derartige Betriebe nicht bestehen können. Niemanden würde es einfallen, von den öffentlichen Verwaltungen zu verlangen, dass sie durch Steuerverzichte diese Wirtschaftsführung begünstigen. Gar nicht anders liegen die Dinge in Bezug auf den Wiener Vergnügungsapparat. Nur die Schwindel-epoche der Inflation konnte solche Zerrbilder hervorbringen, wie sie sich heute darbieten. Ohne die Seifenblase der Scheinkonjunktur hätte jeder Mensch mit fünf Sinnen es geradezu als ein Wunder betrachtet, wenn sich in diesem Wien, als der Hauptstadt des kleinen Deutschösterreich, mit seinen sechs Millionen Einwohnern der Bankenapparat der Friedenszeit, da Wien das Zentrum von Österreich-Ungarn gewesen ist, behauptet. Ganz genau die gleiche Meinung würde bezüglich der Unterhaltungsstätten geherrscht haben. Nur in den Jahren der Geldentwertung, in jenen Zeiten als der Besuch eines Kinos, eines Nachtlokales geradezu als eine gute Kapitalanlage betrachtet wurde, weil es in der nächsten Woche doch schon viel mehr Kronen kostete, konnten alle diese Neugründungen entstehen. Hätte sich etwa 1913 eine so sprunghafte Vergrößerung vollzogen, so hätten wir ohne Krieg und ohne Gemeindeabgaben ebenfalls die schwersten Erschütterungen zu verzeichnen gehabt.

Man macht sich in der Öffentlichkeit von den vollzogenen Vermehrungen kein richtiges Bild. Die folgenden Daten sollen es ermöglichen. Seit Kriegsausbruch sind an neuen Theatern hinzugekommen: Stadttheater (1297 Sitze), Redoutensaal (614 Sitze), Akademie-Theater (521 Sitze), Schönbrunner-Schloßtheater (547 Sitze), Roland-Bühne (792 Sitze), Modernes Theater (484 Sitze), Robert Stolz-Bühne (447 Sitze). Das ist ein Zuwachs von 4702 Plätzen. Eine ungeheure Vergrößerung, die man erst richtig zu beurteilen vermag, wenn festgestellt wird, dass Oper (2214 Sitze), Burgtheater (1454 Sitze) und Carl-Theater (987 Sitze) zusammengenommen diesen Fassungsraum haben. Im Frieden hat es nur die zwei Musikvereine - und die drei Konzerthausäle gegeben. Neu hinzugekommen sind seither vier Säle in der Hofburg und der Saal in der Sezession. Statt 6230 Konzertplätzen stehen jetzt 9206 zur Verfügung, ein Zuwachs von 50 Prozent.

Die grossen Varietebühnen Ronacher mit 1500 Sitzen und Apollo mit 1591 Sitzen sind wohl im Augenblick geschlossen. Es liegen Pläne vor, sie in Kinos zu verwandeln. Die Unternehmergruppen wären bereit, sobald ihnen eine Lizenz gegeben wird die Betriebe sofort zu eröffnen. Die nächste Folge wäre, dass eine ganze Anzahl von bestehenden Kinos zugrunde gehen würde und dass doct beschäftigte Personal entlassen werden müsste. Man sieht hier mit plastischer Klarheit, dass nicht die Gemeindeabgaben, sondern das Überangebot an Unterhaltungsmöglich-

keiten ruinös wirkt. Seit 1914 ist indes eine ganze Fülle von Varietes und Zirkusse neu entstanden. Davon sind gegenwärtig - das Olympia-Variete ist abgebrannt - Etablissemments mit zusammen 11,307 Sitzen in Betrieb. Also trotz Sperre von Apelle und Ronacher weitaus mehr als im Frieden und es müssten viermal soviel Menschen all abendlich das Bedürfnis nach Varietedarbietungen und auch das Geld zur Befriedigung dieses Wunsches haben.

Aber auch die Entwicklung des Kinos ist nicht stillgestanden. Es kann vielmehr eine Steigerung von 53.895 auf 66.088 Kinoplätzen verzeichnet werden. Auf diesem Gebiete gleichfalls die seltsame Annahme, daß nach den Verheerungen des Weltkrieges 12.391 neue Kinoplätze ein wirkliches Wirtschaftsbedürfnis darstellen und Gäste zu finden vermögen.

neues das Radio, das gewiss für Viele den Anlaß bildet, öffentliche Unterhaltungsorte zu meiden. Es wäre ein ganz vergebliches Beginnen, diesen starken Rückbildungsprozess, der sich also ergeben muß und der gar nicht bedeutet, daß Wien deswegen eine Stadt der Kopfhänger und der Mucker wird, aufhalten zu wollen. Im Wesen handelt es sich darum, ob die Menschen die heute noch Zeit und Geld für Unterhaltung haben, sie in einer Überfülle von Lokalen finden, von denen alle nur mäßig oder schwach besucht sind, was natürlich für alle ungünstige Regieverhältnisse mit sich bringt oder ob eine kleinere und gut besuchte Anzahl solcher Lokale sich behauptet. Diese können dann auch ohne weiteres die städtischen Abgaben tragen. In dieser Zeit der stetig steigenden Brotpreise, der Wohnungsnot, des allgemeinen Verlangens, daß die Gemeinde möglichst viel produktive Arbeitslosenfürsorgebetriebe, umfangreiche Bestellungen für Ausgabe, kann auf dem Gebiete des Vergnügungswesens nicht mit Steuerverzichten vorgegangen und so die Leistungsfähigkeit der Gemeinde vermindert werden. Es muß bei diesem Anlasse auch festgestellt werden, daß die große Masse der Wiener Gast- und Caféhäuser übrigens nicht aus Konzertlokalen besteht und sich nicht von der Nahrungs- oder Genussmittelabgabe berührt wird. Für alle diese Betriebe hat der Mieterschutz eine sehr erhebliche Herabsetzung der Regie bewirkt und nur ein Teil, davon wird von der Gemeinde in Form der Fürsorge-, Konzessionsabgabe und Wohnbausteuer an sich gezogen.

Aber auch bei den Betrieben, die der Nahrungs- und Genussmittelabgabe unterliegen, muß die Minderbelastung durch den Mieterschutz sehr in Betracht gezogen werden. Mitunter ergibt sich so sogar, bei einer Goldrechnung, daß die Gemeinde samt allen ihren Abgaben gerade nur soviel oder sogar noch weniger beansprucht, als dieser Mietzins ausgemacht hat. Diesbezüglich sei etwa auf das Deutsche Haus verwiesen, das im Frieden 45.200 Kronen Zins zu zahlen hatte. Das sind 651, Millionen heutige Kronen. Die gesamten Gemeindesteuern dieses Betriebes erreichen knapp diese Höhe. Also auch hier ist der Hinweis auf die angeblich so verheerenden Gemeindeabgaben unrichtig. Bei Aufhebung des Mieterschutzgesetzes würden die Speisen und Getränke im Deutschen Haus nicht um einen Heller weniger kosten können. Der Unterschied ist einzig und allein, daß diese 45.200 Kronen dem Hauseigentümer zugeflossen sind und nun der Gemeinde zukommen, um von ihr den Zwecken der Fürsorge, des Wohnungsbaues, der Jugenderziehung zugeführt zu werden.

Die Theater bilden ein Kapitel für sich. Es ist nicht dahin aufzufassen, daß man sie alle gleichartig betrachten kann. Es gibt Theater, die ein Stück der Wiener Kultur darstellen und doch nicht, wie die Bundestheater, eine Rückendeckung haben. Daneben bekanntlich aber auch Bühnen, die etwa das Jargonstück oder französische Possen pflegen und erstens gerade infolge der Art ihrer Darbietungen verhältnismäßig recht gute Geschäfte machen, aber auch sonst auf eine Art Notstandsaktion der öffentlichen Verwaltung keinen Anspruch erheben können. Ohne bei den Theatern, deren Heranziehung zu Steuerleistungen ableugnen zu wollen, soll doch festgestellt werden, daß es zum Teile ganz unrichtig ist, von einer stärkeren Belastung selbst durch die Gesamtheit aller Gemeindeabgaben zu sprechen, als dies im Frieden der Fall war.

So hatte beispielsweise das Deutsche Volkstheater im Frieden einen Pachtbetrag von 116.000 Goldkronen jährlich zu leisten, was in unserem Q336 Galde 1670 Millionen Kronen ausmacht. Die gesamten Steuern aller Art Lustbarkeitsabgabe, Fürsorgeabgabe, Wohnbausteuer, die dieser Theater in den ersten neun Monaten der heurigen Jahres an die Gemeinde bezahlt hat und nach dem durchschnittlichen Ergebnis in den weiteren drei Monaten zu zahlen haben wird,

1 dürfte hinter dieser Summe noch um ein paar Millionen Kronen zurückbleiben. Durch die Gesamtheit aller städtischen Abgaben ist also jeder Sitz im Deutschen Volkstheater nicht einmal um so viel belastet, als das Theater durch die Geldentwertung an Pacht erspart und im Jahre 1914 auf den Sitzpreis Zuschlagen mußte. Und ähnlich liegen die Verhältnisse auch bei anderen Theatern. Nichtsdestoweniger wird geprüft werden, ob eine gewisse Möglichkeit besteht, den Theatern über diese besonders schwere Zeit hinwegzuhelfen. Allzu weitgehende Erwartungen dürfen nicht gehegt werden. Insbesondere ist, was ja schon nach der angedeuteten Verschiedenartigkeit des gepflegten Genres begreiflich ist, eine generelle Begünstigung ausgeschlossen. Es wird fallweise zu unterscheiden sein, ob Erleichterungen gewährt werden müssen.

Über die Angelegenheit der Volksoper zu sprechen lehnte Stadtrat BREITNER ab und verwies auf ein Schreiben in dem der Bürgermeister auf die an Ingerichtet Anfrage demnächst antworten werde.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber u. verantw. Redakteur:
Karl H o n a y

Wien, am Samstag, den 25. Oktober 1924. Dritte Ausgabe.

Pressekonferenz bei Stadtrat Breitner. Auf dem zweiten Bogen der Aus-
sendung über die Pressekonferenz bei Stadtrat Breitner ist durch ein
Versehen ein Teil ausgeblieben. Die fünfzehnte Zeile der ersten Spal-
te hat wie folgt zu beginnen:

Damit ist jedoch die ungesunde Entwicklung des Wiener
Vergnügungsapparates, der wahrlich schon in den guten Zeiten des
Friedens der sprichwörtlichen Lebensfreude der Bevölkerung ange-
passt war, keineswegs abgeschlossen. Im Jahre 1914 hat es in Wien
insgesamt zehn Bars gegeben. Jetzt sind es 45 ! Die großen Nacht-
lokale und sonstigen Vergnügungsetablissemments haben gleichfalls
in außerordentlichem Maße zugenommen. Es ist überdies die
im Frieden fast unbekannte Type der Konzertcafehäuser und Konzert-
restaurants als eine förmlich neue Erscheinung, natürlich auch als
eine neue Konkurrenz für die bereits vorhandenen Unterhaltungslö-
kale hinzugekommen. Gegenwärtig sind 129 Konzertcafes und 33 Kon-
zertrestaurants ständig in Betrieb, während in 45 Cafehäusern und
115 Restaurants nahezu täglich konzertiert wird. Dazu gesellen
sich noch nach dem Stande vom 21. Oktober 32 Heurige, von
denen 28 Musik haben. Im Sommer waren ferner 234 Buschenschän-
ken zum Teile mit Musik in Betrieb. Dabei sind jense rund 413
kleinen Wirtshäuser, an denen nur gelegentlich Klavierspieler
erscheinen, ganz außer Betracht gelassen. Es sind auch nicht
in Rechnung gezogen alle jene Lokale, in denen Einzelfeste statt-
finden, deren Zahl in den ersten neun Monaten dieses Jahres
17.000 gewesen ist.

Zu diesem gewaltigen Ueberangebot von Vergnügungs-
und Unterhaltungsmöglichkeiten jeder Art kommen neben der Wirt-
schaftskrise und ihren schweren Folgen der gewaltige Aufschwung
den alle Formen des Sportes seit 1914 genommen haben. Die
Touristik, die an allen Sonn- und Feiertagen Tausende in die
Berge führt, im Sommer der Besuch der Bäder, vor allem anderen aber
die gewaltige Anziehungskraft der Fussballspiele. Jetzt als etwas

Ferner soll es auf dem zweiten Bogen in der dreizehnten Zeile
richtig heissen: Gemeindeabgaben zu sprechen, als dies im Frieden durch
die Mieten oder Pachtzinse der Fall wäre. So hatte beispielsweise

Weiter soll es in der einundzwanzigsten Zeile richtig heis-
sen: dürfte hinter dieser Summe noch um ein paar hundert Millionen
Kronen zurückbleiben.

Herausgeber u. verantw. Redakteur:
Karl H o n a y

Wien, am Samstag, den 25. Oktober 1924. Vierte Ausgabe.

Die Gemeinde und die Volksoper. Mit Rücksicht auf die Zeitungsmeldungen, nach denen im Rathaus in einer Sitzung des „Amterates“ über die Hilfe für die Volksoper durch die Gemeinde bestimmte Beschlüsse gefasst worden wären, wird festgestellt, dass sich keine der offiziellen Körperschaften der Gemeinde mit dieser Sache befasst hat. Es hat bloss eine Beratung des Bürgermeisters mit den zuständigen entsührenden Stadträten stattgefunden, als deren Ergebnis das folgende Schreiben des Bürgermeisters an den Verwaltungsrat der Volksoper-Betriebs-A.G. heute abends gesendet worden ist:

In Beantwortung Ihrer geehrten Zuschrift beehre ich mich auf Grund gewissenhafter Prüfung der Sachlage und eingehender Konferenzen mit meinen verantwortlichen Mitarbeitern folgendes mitzuteilen: Vor allem muss ich feststellen, dass über das Rechtsverhältnis der Gemeinde Wien zur Volksoper vielfach irrige Meinungen verbreitet sind. Die Gemeinde hat allerdings im Jahre 1897 dem Theaterverein den Baugrund zur Errichtung des Theatergebäudes zur Verfügung gestellt und dadurch für das Gebäude ein Heimfallsrecht nach 52 Jahren erworben. Ausserdem hat die Gemeinde im Vereinsausschuss die Hälfte der Mandate inne. Andere Beziehungen zur Volksoper hat die Gemeinde nicht, insbesondere aber keinerlei solche, aus denen sich irgend eine Erhaltungspflicht ableiten liesse. Gleichwohl hat die Gemeinde in den letzten Monaten auch ausserhalb des Rahmens des Musik- und Theaterfestes nicht unbedeutende Beiträge der Volksoper gewidmet. Eine Subventionierung in einem Ausmass das für den Betrieb des Kunstinstitutes entscheidend wäre, kann die Gemeinde schon deshalb nicht zusagen, weil einer derartigen Beihilfe beim Mangel einer rechtlichen Verpflichtung gegenüber der Volksoper in gleicher Weise auch von anderen Kunstinstituten verlangt werden würde. Hiedurch müssten aber der Gemeinde Auslagen erwachsen, die über ihre Leistungsfähigkeit hinausgingen. Die Fortdauer oder gar die noch weitere Verschärfung der laut Ihrer Schilderung so wenig erfreulichen Gestaltung der Dinge, an deren Entwicklung die ganz unübersichtliche und höchst komplizierte Art des Aufbaues und der Verteilung der Kompetenzen anscheinend auch einen grossen Anteil hat, ist natürlich keineswegs und insbesondere im Hinblick auf das Personal erwünscht. Es scheint mir deshalb im diesem Zusammenhang angebracht daran zu erinnern, dass schon seit Jahren der Plan einer engen Verbindung zwischen Staatsoper und Volksoper den Gegenstand ernster Erörterung gebildet hat. Gerade in der letzten Zeit haben sehr hervorragende Fachmänner eine derartige Lösung als die einzig mögliche bezeichnet und der Meinung Ausdruck gegeben, dass dies für beide Kunstinstitute gleichmässig von grösstem Vorteil sein und endgültige Beruhigung über das Schicksal der Volksoper bringen würde.

Wenn ich also auch nicht in der Lage bin, Ihnen über ein unmittelbares Eingreifen der Gemeinde Mitteilung zu machen, so erachte ich es doch für meine Pflicht, auf diese Möglichkeit hinzuweisen, die den Betrieb von der unsicheren Grundlage fallweiser Zuwendungen loszulösen geeignet wäre. Die Gemeinde hat es an solchen Zuwendungen der Volksoper gegenüber, insbesondere in den letzten Monaten nicht fehlen lassen und wird hiezu im Rahmen der im Budget für diese Zwecke verfügbaren, aber leider nicht sehr bedeutenden Mittel auch in Zukunft bereit sein. Es sind dies jedoch naturgemäss nur Hilfsmittel vorübergehender Art, während der Volksoper eine feste Verankerung, wie etwa in einem organischen Zusammenhang mit der Staatsoper nützt. Sollte bei einer solchen Kombination meine Mitwirkung als nützlich erscheinen, so stelle ich meine guten Dienste gerne zur Verfügung.

Zum Schlusse dankte Bürgermeister Seitz für die Anerkennung und, wie er sagte- in gleichem Masse auch für die Kritik. Der Zweck des Festes ist erreicht. Wir haben gezeigt, dass Wien das Alte, das wir als Erbe übernommen haben, nicht nur bewahrt, oder etwa konserviert, sondern dass es das Alte lebendig erhält und es der neuen Zeit vermittelt, dass

Wien auch auf dem Gebiete der Kunst eine schaffende Stadt ist und schliesslich dass wir neue Kräfte zu fördern verstehen. Ich stehe aber nicht an zu sagen, dass wir derartige Veranstaltungen auch aus Gründen des wirtschaftlichen Interesses treffen. Wien ist eine Stadt des Handels, eine internationale Stadt. Wir wollen, dass die Fremden die hierher kommen, fühlen, dass sie in einer Stadt grosser Kultur sind. Man soll nicht nur aus kommerziellen Gründen, aus geschäftlichen Gründen nach Wien kommen, sondern auch, weil man in einen europäischen und doch eigenartigen Kulturkreis kommt, wenn man nach Wien geht. Freilich, wenn wir ein Stück ^{immer} Wien sehen, taucht auch gleich die ^{Wiener} typische/Gestalt des Nörglers auf. Er war selbstverständlich auch beim Musikfest, den werden wir nie aus uns herausbringen. Aber der guten, aufmunterenden und daher aufbauenden Kritik sind wir dankbar. Der Bürgermeister dankte dem "Ausschuss für seine Mitwirkung, den schaffenden und ~~die~~ reproduzierenden Künstlern, die ihre ganze Kraft in den Dienst der Sache gestellt haben, der auswärtigen und der inländischen Presse, vor allem aber dem Referenten des Musikfestes Dr. Bach, der mit ungeheurer Arbeitskraft und zäher Energie viele Monate gearbeitet und sein reiches Wissen und Können ganz der Idee des Musikfestes gewidmet habe. Auf die Frage, ob wir wieder ein solches Fest veranstalten werden, erwidere ich: Wir sind nicht halbstarrig, aber energisch. An Schlechtem würden wir nie festhalten, aber da wir erkannt haben, dass dieses Musikfest zum Besten der Stadt Wien ist so wird es wiederkehren. Wir wissen, dass wir der Stadt damit wirklich nützen und dass wir damit den Ruhm Wiens als einer Stadt der sich in die Welt tragen.

Hierauf schloss der Bürgermeister die Sitzung.
